

Gegen Prekäre Arbeitsbedingungen in der Böll-Stiftung – Leiharbeit abschaffen!

Ein Redebeitrag zur Kundgebung vor der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin am 27.06.2013

Die „grüne Ideenagentur“ Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt seit Jahren MitarbeiterInnen über Drittfirmen zu prekären Bedingungen. Nachdem sich jetzt Betroffene wehren, will die Geschäftsführung aber nicht etwa die miesen Beschäftigungsverhältnisse abschaffen, sondern sie anscheinend lediglich umorganisieren und aufmüpfige KollegInnen durch neue LeiharbeiterInnen ersetzen. Wie passt diese Beschäftigungspraxis zu einer grünen Parteistiftung? Wie passt sie zur grünen Bewegung, der grünen Partei und ihren politischen Forderungen?

Rückblick: Die Grünen und die Politik der Prekarisierung

Als die Politik vor zehn Jahren im Rahmen der Agenda 2010 die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen in Deutschland systematisch vorantrieb, waren jedenfalls die Grünen nicht gerade der Anwalt der Lohnabhängigen. Immerhin waren einige beunruhigt, dass das Hartz IV-System zu einem massiven Unterschreiten von Tariflöhnen führen würde. Schröder sagte darum zu, dass Erwerbslose keine Arbeit werden annehmen müssen, für die weniger als der „ortsübliche“ Lohn gezahlt werde. Die meisten Grünen im Bundestag hat das Fehlen einer solchen Klausel zum Schutz vor Lohndumping im Gesetz dann aber nicht gestört – nur sehr wenige verweigerten ihre Zustimmung. Die heutige Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, gehörte nicht dazu. Sie sagte über die Einführung von Hartz IV: „Sozialstaatsreformen kann man nicht nur mit dem Taschenrechner machen. Man muss sie auch mit dem Herzen machen.“ Ob es ihr Taschenrechner war oder ihr Herz, dem sie folgte: Die beschleunigte Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland ist jedenfalls auch das Verdienst Katrin Göring- Eckardts und das der übrigen Mitglieder der Grünen-Fraktion, die dem Gesetz damals zustimmten. Passen grün und prekär also doch zusammen?

Besonders augenfällig ist die seit damals voranschreitende Prekarisierung im Bereich der Leiharbeit: Binnen zehn Jahren hat sich die Zahl der LeiharbeiterInnen in Deutschland auf mittlerweile rund 900.000 verdreifacht. LeiharbeiterInnen erhalten im Mittel nur etwas mehr als die Hälfte des Lohns, den regulär angestellte KollegInnen erhalten würden. Sie haben oft extrem kurze Arbeitsverträge, sind schnell entlassen, Ansprüche auf Urlaub oder Mitsprache im Betrieb sind oft kaum durchzusetzen. Verschiedene Aspekte von Prekarisierung sind hier besonders deutlich zu erkennen:

1. es werden schlechtere Löhne gezahlt
2. der Arbeitsplatz wird unsicherer
3. Möglichkeiten, die eigene Arbeitssituation zu beeinflussen, werden beschränkt
4. Sozialversicherungen und Arbeitsrecht werden unterlaufen

Die FAU fordert darum schon lange: Leiharbeit abschaffen!

Grüne Positionen gegen Lohndumping und Einschränkung von Partizipation

Im aktuellen Wahlkampf positioniert sich nun auch die grüne Partei klar gegen Lohndumping: Sie fordert einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 EUR und will die weitere Aushöhlung von Tarifverträgen verhindern, indem künftig mehr Tarifverträge zu branchenspezifischen Mindestlöhnen erklärt werden sollen. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht grüne Politiker einen neuen Lohndumping-Skandal aufdecken. Auch in der Heinrich-Böll-Stiftung setzt man sich schon lange kritisch mit der Prekarisierung und ihren sozialen Folgen auseinander. Eine neue Studie aus der Stiftung analysiert etwa die soziale Einbindung von prekär Beschäftigten und kommt zu einem klaren Urteil: „Eindeutige Verlierer des erwerbsstrukturellen Wandels sind die Zeitarbeiter und die Befristeten. Häufige Betriebswechsel, Mobilität, Arbeitsplatzunsicherheit und die relative Schlechterstellung in Bezug auf Lohn und Arbeitnehmerschutz führen hier zu einem Abschmelzen des zwischenmenschlichen Vertrauens und zur Exklusion aus sozialen Netzwerken, die kaum kompensiert werden.“ Aber auch mit den Themen Demokratie und Menschenrechte befassen sich viele Publikationen und Veranstaltungen der Stiftung, was vermutlich auch der Grund ist, warum an diesem „Ort für offene Debatten“ die Rechte der Lohnabhängigen auf Mitbestimmung und Mitsprache besonders wertgeschätzt werden. Die Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit der Stiftung enthalten jedenfalls ein deutliches Bekenntnis zu einem partizipativen Führungsstil. Passen grün und prekär also doch nicht zusammen?

Die derzeitige Praxis der Prekarisierung in der Böll-Stiftung

In der Theorie mag das so sein. Offenbar besteht aber ein riesiger Widerspruch zwischen den grünen Forderungen nach guter Beschäftigung und Partizipation und der Praxis in der Böll-Stiftung. Zumindest in den Augen der Geschäftsführung scheinen grüne Positionen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sehr gut zusammenzupassen. Gehen wir die verschiedenen genannten Aspekte von Prekarisierung durch:

1.) Die gezahlten Löhne in den outgesourcten Arbeitsbereichen innerhalb der Stiftung sind anscheinend durchgängig geringer, als es der sonst im Haus übliche Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes vorsieht. Dessen Verankerung im Betrieb ist ohnehin höchst wackelig: Statt eine verbindliche Vereinbarung zu schließen, die die Anwendung des TVÖD für alle vorsieht, wird diese auch bei den regulär Beschäftigten bei jeder neuen Einstellung einzeln festgelegt – oder vielleicht beim nächsten Mal auch nicht. Nun werden aber fast alle KollegInnen im Bereich Technik, Empfang, Reinigung und Veranstaltungsdurchführung über Drittfirmen beschäftigt. Die Geschäftsführung behauptet: „Wir achten dabei darauf, dass diese Firmen ihre MitarbeiterInnen anständig behandeln

und, soweit es Tarife gibt, sie danach bezahlen.“ Es gibt einen Tarifvertrag, der in der Stiftung angewendet wird, und das ist der TVöD, aber der wird von den Drittfirmen im Betrieb seit Jahren unterboten. Inwiefern achtet die Geschäftsführung also auf tarifliche Entlohnung? Leider, so sagt sie, könne sie in einer Ausschreibung nicht verlangen, dass die Auftragnehmerfirma den Lohnabhängigen auch Tariflöhne zahlt. Das ist auch richtig. Aber die Entscheidung, für bestimmte Dienstleistungen überhaupt andere Firmen zu beauftragen, hat die Geschäftsführung ganz allein zu verantworten. Sie hat sich für Flexibilisierung und Wirtschaftlichkeit entschieden und gegen Tariflöhne. Die Parteistiftung der Grünen ist damit selbst aktiv an Lohndumping und Tarifflicht beteiligt, die von den Grünen im Wahlkampf lautstark kritisiert werden. Noch schlimmer: Im Moment wird in diesen Bereichen sogar der von den Grünen im Wahlkampf geforderte Mindestlohn unterboten. Schlechtere Löhne? Check!

2.) Die Geschäftsführung rechtfertigt das Outsourcing damit, dass die Arbeit nur stoßweise anfalle. Ich frage mich, ob das heißt, dass in der Böll-Stiftung nur alle paar Monate mal für ein paar Tage geputzt wird oder ob der Empfang nur besetzt wird, wenn wichtige Parteifreunde kommen, oder ob Glühbirnen nur im Winter gewechselt werden. Im Bereich Veranstaltungen gibt es natürlich tatsächlich Zeiten mit mehr Arbeit und solche, in denen weniger zu tun ist. Die Böll-Stiftung, die im letzten Jahr über 47 Millionen Euro staatlicher Förderung erhalten hat, wälzt diese Schwankungen auf die Lohnabhängigen ab, denen gerade einmal 8 Euro pro Stunde gezahlt – wenn es denn Arbeit gibt. In Beschäftigungsverhältnissen wie diesen ist der Durchlauf zudem traditionell sehr hoch – viele KollegInnen müssen oder wollen schon relativ schnell wieder weg. Die Geschäftsführung trägt nun aber ihrerseits dazu bei, eine Reihe von KollegInnen sehr schnell an die Luft zu setzen: Nachdem wir in den vergangenen Wochen im Betrieb für bessere Beschäftigungsverhältnisse gekämpft haben, hat sie angekündigt, die Arbeit im Bereich Veranstaltungsumbau und Küche neu zu ordnen. Es soll anscheinend eine Leiharbeitsfirma gefunden werden, die diese Bereiche übernimmt. Statt die KollegInnen, die jetzt dort tätig sind, regulär anzustellen, will die Geschäftsführung sie also zum 1. August rausschmeißen. Das muss verhindert werden! Unsicherere Arbeit? Check!

3.) Wir haben aber auch gelernt, was die Geschäftsführung unter einem partizipativen Führungsstil versteht. Letzte Woche etwa sollten die prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Stiftung auf einer Betriebsversammlung thematisiert werden, die betroffenen KollegInnen aber waren gar nicht eingeladen: Die Geschäftsführung hatte ihnen eine Teilnahme an der Versammlung verwehrt und begründet dies noch immer mit dem Status der KollegInnen als Outgesourcte. Die Geschäftsführung verhindert aber nicht nur mit solchen juristischen Kniffen offene Debatten unter den KollegInnen im

Betrieb, sie behindert auch die Arbeit der FAU, der Gewerkschaft in der Teile der Belegschaft organisiert haben, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. So musste der Betriebsrat auf Druck der Geschäftsführung seine mündliche Zusage zurücknehmen, dass die FAU auf der Betriebsversammlung über den von uns geführten Konflikt würde informieren können. Zusammen mit den derzeit vom Rauswurf bedrohten KollegInnen würde die Geschäftsführung überdies auch aktive GewerkschafterInnen und SympathisantInnen der FAU aus dem Betrieb drängen. Sie hat bis heute keine Verhandlungen zur Sache mit uns als Gewerkschaft geführt, stattdessen hat sie anscheinend unter dem derzeitigen Druck jetzt angekündigt, möglicherweise in zwei Jahren zu regulären Beschäftigungsverhältnissen überzugehen. Wir wollen uns aber weder auf eine solche unverbindliche Zusage verlassen noch wollen wir noch zwei Jahre warten! Wir lassen uns nicht ausbooten! Einschränkung von Partizipation? Check!

4.) Parallel zu unseren Protesten hier vor Ort führen wir seit einiger Zeit einen Prozess vor dem Arbeitsgericht gegen die Stiftung. Den Hintergrund bilden die juristisch problematischen Beschäftigungsverhältnisse im Betrieb: Die Papiere, die den Einsatz der KollegInnen in Umbau und Küche regeln sollen, sind nicht in Ordnung. Hinzukommt, dass die Stiftung zwar outsourcen, aber trotzdem bei der Personalauswahl mitreden will – das aber widerspricht den rechtlichen Vorgaben für Outsourcing. Da die KollegInnen zwar in der Stiftung arbeiten, ihr Geld aber von einer anderen Firma erhalten, könnte es ja stattdessen auch Leiharbeit sein. Dafür aber fehlt der Drittfirma die Erlaubnis und die KollegInnen dürften nur für eine bestimmte Zeit in der Stiftung arbeiten. Es ist nach unserer Einschätzung völlig unklar, was für ein Arbeitsverhältnis besteht. Rechtlich müsste darum der Normalfall greifen: Alle KollegInnen in dem betroffenen Bereich wären demnach ohnehin bei der Stiftung direkt angestellt. Das soll das Gericht nun feststellen. Unterlaufen des Arbeitsrechtes? Check!

Schluss damit!

Insgesamt also ist klar, dass in der Heinrich-Böll-Stiftung äußerst prekäre Beschäftigungsverhältnisse bestehen und dass die Geschäftsführung diese Bedingungen geschaffen hat und sich nun scheinbar auch darum bemüht, sie aufrecht zu erhalten. Dies steht in einem skandalösen Widerspruch zu den Positionen, die Böll-Stiftung und grüne Partei öffentlich vor sich hertragen. Das wollen wir nicht akzeptieren! Wir bestehen darauf, dass die Böll-Stiftung zumindest ihren eigenen demokratischen Ansprüchen gerecht wird und Mitsprache und Partizipation nicht weiter erschwert – keine kalten Kündigungen für GewerkschafterInnen! Wir nehmen die Grünen beim Wort, wenn sie Lohndumping und Prekarisierung kritisieren – für reguläre Beschäftigungsverhältnisse für alle KollegInnen im Betrieb! Wir wollen die weitere Prekarisierung in der Stiftung verhindern – keine Leiharbeit in der Böll-Stiftung! Wir fordern hier wie überall: Leiharbeit abschaffen!